



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/87

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Großbritannien und die EVG	S. 1
Belgien nach den Wahlen	S. 3
Der kleine Mann in der Sowjetzone	S. 5
Propaganda-Organ "Das Band"	S. 6

Was vom England-Abkommen bleibt

P.R. Man tut, was man kann, um in Frankreich den Appetit auf die EVG zu beleben. Von den drei französischen Grundvoraussetzungen dafür, daß man überhaupt einer Diskussion der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Möglichkeit, sich ihr anzuschließen, ernsthaft näher tritt, ist jetzt die erste durch Unterschrift aller Beteiligten formal erfüllt: Die Assoziation Großbritanniens zur EVG. Die beiden anderen Voraussetzungen betreffen eine amerikanische Garantie gegen das Ausbrechen irgendeines Teilnehmers aus der Gemeinschaft und die Saarregelung im Sinne der französischen Interpretation einer "Europäisierung" der Saar. Die erste von diesen beiden Voraussetzungen dürfte nicht allzu schwer zu erlangen sein, denn Washington drängt ja selbst am stärksten auf die EVG und ist ohnehin Motor und Kernstück aller militärischen Zusammenschluß-Bestrebungen des Westens. Viel schwieriger wird es sein, den Stein des Anstoßes "Saar" aus dem Wege zu räumen.

Die Berühungen, in der Frage der britischen Assoziation weiter zu kommen, setzten sehr bald nach der Berliner Konferenz ein. Sie führten Mitte März zu ersten Ergebnissen, von denen Teile durch eine Indiskretion des Quai d'Orsay bekannt wurden. Der Inhalt der jetzt unterzeichneten Bestimmungen deckt sich weitgehend mit den damaligen Mitteilungen. Es handelt sich, kurz zusammengefaßt, um die folgenden vier Hauptpunkte:

1. Britische Luft- und Landstreitkräfte " k ö n n e n

14. April 1954

unter gewissen Bedingungen" dem Oberkommando der Europa-Armee unterstellt werden, ebenso wie umgekehrt. Sie werden weiter als "nationale Streitkräfte" auftreten, mit eigenen Uniformen und Dienstvorschriften.

2. Es wird eine Konsultationsverpflichtung zwischen Großbritannien und den Mitgliedstaaten der EVG hinsichtlich der Stärke der britischen Streitkräfte bei einer Bedrohung durch die Sowjetunion und eine gleiche Verpflichtung vor einer Zurückziehung von britischen Truppen vom Kontinent vereinbart.
3. Es werden britische Beobachter bis hinauf zu einem Minister im Ministerrat der EVG bestellt werden, "wenn Fragen von gemeinsamem Interesse zur Sprache kommen".
4. wird Gemeinsamkeit der Ausbildung dieser Streitkräfte bei Manövern usw. zugesagt.

Dieses Abkommen füllt in gewisser Weise den Rahmen aus, der durch den "Vertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" vom 27. Mai 1952 abgeschlossen wurde und der in grundsätzlicher, sehr allgemein gehaltener Form die Verpflichtung Großbritanniens enthält (und zwar aus seiner Zugehörigkeit zur NATO) andere NATO-Mitgliedstaaten, die gleichzeitig Mitglieder der EVG sind, im Vertragsfalle, das heißt bei einem Angriff auf einen dieser Staaten, Beistand zu leisten. Das aber ist, wie gesagt, eine Verpflichtung, die sich für Großbritannien aus seiner NATO-Mitgliedschaft automatisch ergibt. Ihre ausdrückliche Fixierung in einem besonderen Vertrag war schon damals nicht viel mehr als eine Art Schönheitspflaster für das wenig anziehende Gesicht der EVG.

Man braucht sich nur die in diesem Beitrag gesperrten Worte näher anzusehen, um zu wissen, wie vage, dehnbar und im Grunde unsubstantiell die gegebene Zusagen sind: Die Streitkräfte "können unter gewissen Bedingungen" dem Oberkommando der Europaarmee unterstellt werden; die Verpflichtung zur Konsultation, schlicht gesagt zu einem Gedankenaustausch, legt die Richtung, in der schließlich die Entscheidung fallen wird, in keiner Weise fest; "Beobachter" haben den Vorteil, sich unterrichten zu können, aber nicht den Nachteil anderer Teilnehmer, an Beschlüsse gebunden zu sein; eine gemeinsame Ausbildung der auf dem Kontinent stationierten Truppen mit denen der übrigen Mächte schließlich ist eine bare Selbstverständlichkeit, wenn die ganze Konstruktion nicht auf den ersten Blick als Farce erscheinen soll.

Es bleibt nur, was es auch in früheren Zeiten oft genug gegeben hat: Eine britische Bereitschaft, beim Eintreten bestimmter Krisensituationen auch militärische Beistandsverpflichtungen zu übernehmen, in beschränkter und allein durch britische Stellen zu bestimmendem Umfang, auf reiner Koalitionsbasis, denn daß zum Beispiel Truppen einer Macht einem gemeinsamen Oberbefehl unterstellt werden, gehört nun einmal zum Prinzip und zur Praxis jeder militärischen Koalition.

Hinzu kommt schließlich, daß alle diese Bestimmungen erst nach der Ratifizierung des EVG-Vertrages durch alle Partner in Kraft treten können. Damit schrumpft die Bedeutung des Abkommens bei der gegenwärtigen internationalen Situation und den geringen Chancen, die die EVG noch hat, zu einer taktischen Maßnahme im Spiel um die französische Zustimmung zur EVG zusammen.

Eine Niederlage des politischen Katholizismus

pt - Brüssel

Belgien hat genug von einer christlichsozialen Alleinregierung. Der belgische Wähler hat bei den Parlamentswahlen am 11. April nicht nur die vier Sitze absolute Mehrheit beseitigt, die die Wahlen vom 4. Juni 1950 den Christlichsozialen gegeben hatten, sondern darüber hinaus ihnen noch neun Sitze abgenommen. Ebenso bedeutsam ist, daß diese Sitze nicht etwa an radikale oder Splitterparteien verschleudert, sondern vor allem der sozialistischen Partei vertrauensvoll zugestanden wurden. Daneben erhielten die Liberalen einen Mandatsgewinn von fünf Sitzen, während die Kommunisten nicht weniger als drei Sitze von ihren sieben verloren und die abgesplitterten Parteien - sie waren den Christlichsozialen davongelaufen - sich mit einem Sitz begnügen mußten. Noch sind die Christlichsozialen die stärkste Partei im Lande - aber das Volksurteil über ihre vierjährige Alleinherrschaft war so eindeutig, daß der Premierminister van Houtte schon am Montag vormittag dem König Baudouin die Demission des Kabinetts überreichte.

Dieses Wahlergebnis ist eine Überraschung - auch für die Sozialisten. Sie waren mit gutem Gewissen in den Wahlkampf gezogen und man sprach ihnen allgemein einige Mandate Gewinn zu, Daß dieser jedoch so groß ausfallen würde, ist nur so zu erklären, daß eine Reihe gut katholischer Frauen und eine nicht unbeträchtliche Anzahl Arbeiter aus den sehr mächtigen christlichen Gewerkschaften ihre Stimme den Sozialisten gaben. Die ständige Arbeitslosigkeit, die Nichterfüllung der wiederholten Versprechungen von christlichsozialer Seite, endlich die militärische Dienstzeit herabzusetzen, die stete Bevorzugung der katholischen Schulen und Erziehungsinstitute mögen die Hauptursachen dafür gewesen sein, daß der belgische Wähler es einmal mit einem anderen Kurs versuchen will. Daß er vor allem der klerikalen Einmischung in rein politische Angelegenheiten müde ist, geht aus dem verhältnismäßig kleinen Wahlerfolg der Liberalen hervor. Diese hatten gute Aussichten, vor allem bei den Intellektuellen, bis die liberale Kammerfraktion vor wenigen Wochen einer Erneuerung des Konkordats zwischen Belgien und dem Heiligen Stuhl über das Kongogebiet zustimmte, die die Erziehung und Schulung des Eingeborenen fast unbeschränkt den katholischen Missionen übergab und die Erreichung einer katholischen Hierarchie mit allem, was dazu gehört, zum Beispiel großen

Kirchengütern, im Kongogebiet vorsieht. Ein Teil der liberalen Presse und weite liberale Kreise protestierten gegen diese Schaffung eines "päpstlichen Kongomonopols" und ein großer Teil der liberalen Wähler ist diesem Protest gefolgt und hat seine Stimme lieber den scharf gegen diese "Liebesgaben" ankämpfenden Sozialisten gegeben.

Das neue Parlament ist eine verfassungsgebende Versammlung. Es muß als erstes die in den Kommissionen der verflochtenen Kammer ausgearbeiteten Verfassungsrevisionen annehmen, die durch den Zutritt Belgiens zum EVG-Vertrag notwendig geworden waren. Da für Verfassungsrevisionen eine Zweidrittelmehrheit vorgesehen ist, ist dabei die Möglichkeit christlichsozialer Rückenschüsse gegeben. Das ist ein gewisser Schönheitsfleck auf dem sozialistischen Sieg - eine neue Rechtfertigung für diejenigen der sozialistischen Abgeordneten, die dem EVG-Vertrag nicht zugestimmt haben.

Es ist auch möglich, daß sich die christlichsozialen Gewerkschaften in die Verhandlungen über eine neue Regierung einschalten und ihren Standpunkt zur Geltung bringen, daß die verflochtene christlichsoziale Regierung nicht genügend für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Reorganisation der Kohlengrubenwirtschaft getan habe. Schon auf ihrem Kongreß gegen Ende des vorigen Jahres stellte der christliche Gewerkschaftsbund fest, daß er mit jeder Regierung zusammenarbeiten werde, die die gerechten Ansprüche der Arbeiterschaft vertrete. Es wäre nicht das erste Mal in der Nachkriegszeit, daß Christlichsoziale und Sozialisten sich in einer Koalitionsregierung finden. Auf der andern Seite stellen Sozialisten und Liberale eine klare Mehrheit dar - die belgischen Sozialisten sind in jedem Fall diejenigen, die ihre Bedingungen stellen können, sie sind die Sieger der Wahl. Am 27. April tritt die Kammer als erstes der neugewählten Organe zusammen. Sie hat die restlichen Sitze des Senats, die von der Kammer gewählt werden, zu besetzen.

+ + +

Der "kleine Mann" in der Sowjetzone

Die Frage nach der Wirkung der zentralgesteuerten Meinungsbildung und Propaganda in der Sowjetzone ist die Frage nach dem Wesen des kommunistischen Regimes. Prof. Dr. Otto Stammer hat sie gestellt und in einem Vortrag beantwortet, der jetzt unter dem Titel "Der kleine Mann in der Sowjetzone" in der Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin, erschienen im Verlag Gebrüder Weiß, Berlin, einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht wird.

Das Fazit der Analyse, mit der die Stellung des "kleinen Mannes" unter einem Regime, das für sich in Anspruch nimmt, ein Arbeiterregime zu sein, gelotet wird, ist eindeutig. Das SED-Regime ist in der Praxis zur Durchsetzung seiner Ziele darauf angewiesen, diesen "kleinen Mann" von jedem Einfluß auszuschalten und nicht nur politisch, sondern auch sozial zu diffamieren. Der Begriff des "kleinen Mannes", der nach Prof. Stammer die "sozialen Tugenden der aufgeweckten Arbeiterschichten, der kleinen Handwerker und der aus dem Handwerk emporgewachsenen kleinen rührigen Unternehmer und der kleinen Bauern" verkörpert, hat im Konzept der Umstrukturierung der sowjetzonalen Gesellschaft keinen Platz mehr, weil er den "Typus der westlichen Demokratie" darstellt.

An ihre Stelle soll eine neue Elite treten, die nach den Bedürfnissen der kommunistischen Absichten ausgewählt und erzogen wird. Für den "kleinen Mann" bleibt die einzige Chance, auf Kosten der Mehrheit seiner Klassengenossen in die Kader des kommunistischen Systems einzudringen. Aber dieses Funktionärdasein bedeutet keine andere Selbstverrichtung als die Isolierung im Falle der Weigerung, sich dem System zur Verfügung zu stellen.

Das Unvermögen der Zonenmachthaber, die Funktionen des Staatsapparates mit ihren Elitegruppen durchzusetzen, ist die entscheidende Schwäche, der sich das kommunistische Regime gegenübersieht und die durch soziale Privilegien an diese Eliten überwunden werden soll. Dabei ist das kommunistische Regime darauf angewiesen, "entwicklungsfähige" einfache Menschen zu suchen, die "ohne politisches Urteilsvermögen und ohne feste soziale Werthaltung" der lückenlosen Propaganda um so leichter zu erliegen versprechen.

14. April 1954

Anhand von Selbstzeugnissen weist Prof. Dr. Stammer nach, wie wenig Erfolg die SED bei ihren Versuchen bis heute gehabt hat, bewußtseinsmäßig diese neuen Eliten auf den notwendigen Stand zu bringen. Alle diese Versuche scheiterten an der sozialen Wirklichkeit. Wie wenig sich diese Absicht realisieren ließ, zeigt die Entwicklung, die in konsequenter Weise zum 17. Juni führte, der - als das entscheidende Datum - in dieser Schrift leider nicht behandelt wird, da sie bereits vorher abgeschlossen ist. Das gilt vor allem für die Situation des kleinen Mannes in den Betrieben.

G.St.

+ + +
"Das Band"; das nicht bindet

-ler. "Das Band", das Organ des Dachverbandes der privaten Krankenversicherungsanstalten, hat schon wiederholt durch seine einseitige Bevorzugung einer bestimmten politischen Richtung unliebsam von sich reden gemacht, obwohl die parteipolitische Zusammensetzung der Mitglieder zur strikten Neutralität verpflichten müßte. Statt die Mitglieder zu belehren, wie sie als Versicherte ihre Rechte bewahren können, erteilt "Das Band" politische Zensuren, und wirft sich zum Richter über jene auf, die seinen verschlungenen Pfaden zu folgen nicht imstande sind. Den Höhepunkt an Taktlosigkeit erreichte es mit dem in seiner letzten Ausgabe erschienenen Artikel "Endspurt um Europa". Es lohnt sich nicht, auf den Artikel und die in ihm gepflegte Mißdeutung politischer Tatbestände einzugehen, aber die Schlußfolgerung verdient doch festgehalten zu werden. Sie lautet:

"Leider aber wollen diese Franzosen aus der gegenwärtigen politischen Situation ein Geschäft machen. Sie verlangen für das Zugeständnis deutscher Soldaten einen Preis, einen sehr hohen Preis - nämlich das Saargebiet.

Nun beginnen sich in Deutschland die Gemüter zu scheiden. Die einen sagen "unter keiner Bedingung" und die anderen "wenn erst einmal ein Europa geschaffen ist und das Saargebiet genau so Bestandteil eines europäischen Staatenbundes ist wie Deutschland und Frankreich", dann "Ja"... Das Ringen um das Saargebiet wird somit zu einem Ringen um Europa. Möglich, daß nunmehr, da es kaum jemand wagen wird, Europa scheitern zu lassen, schneller zu einer Lösung der Saarfrage und der Frage der Wiederbewaffnung kommt, als man noch vor wenigen Tagen annehmen konnte".

Das ist beinahe Aufforderung zum Landesverrat. Woher nimmt "Das Band" das Recht, die Menschen an der Saar preiszugeben? Wie lange werden sich die Mitglieder, die ja mit ihren Beiträgen die privaten Versicherungsanstalten finanzieren, solche Würdelosigkeit gefallen lassen? Hier macht sich das Organ des Dachverbandes zum Sprachrohr einer widerwärtigen Propaganda des nationalen Ausverkaufs, die nicht unwidersprochen hingenommen werden kann.

Verantwortlich: Peter Raunau